

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

11. - 17. Oktober 2025

Emmanuel Macron hat Sébastien Lecornu erneut zum Premierminister ernannt und ihm abermals den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt – nur wenige Tage nach dessen Rücktritt. Lecornu war am 6. Oktober 2025 nach lediglich vier Wochen im Amt zurückgetreten. Grund dafür waren interne Spannungen innerhalb der Regierung. Nach Gesprächen mit verschiedenen politischen Akteuren betraute Präsident Macron ihn am 10. Oktober erneut mit der Bildung einer neuen Regierung. Nur zwei Tage nach seiner Wiederernennung stand dann am 12. Oktober das neue französische Kabinett Lecornu II. Mit der Neubildung der Regierung zogen sich die *Républicains* (LR) offiziell aus dem Kabinett zurück. Parteichef Bruno Retailleau hatte angekündigt, dass sich seine Partei nicht länger an der Regierungsarbeit beteiligen werde. Einige Mitglieder der *Républicains* nahmen dennoch erneut Ministerposten an – und gelten damit de facto als aus der Partei ausgeschieden. Viele zentrale Ministerposten bleiben gegenüber dem Kabinett Lecornu I unverändert: Jean-Noël Barrot bleibt Außenminister, Roland Lescure – ein enger Vertrauter Macrons – führt weiterhin das Wirtschafts- und Finanzministerium, Rachida Dati bleibt Kulturministerin und Gérald Darmanin Justizminister. Catherine Vautrin, bisher Ministerin für Arbeit und Gesundheit, übernimmt das Verteidigungsministerium von Lecornu. Neuer Innenminister ist Laurent Nuñez, bislang Polizeipräsident von Paris. Zum Arbeitsminister wurde der ehemalige SNCF-Chef Jean-Pierre Farandou berufen, das Umweltministerium geht an die frühere WWF-Direktorin Monique Barbut. Eine ausführliche Einschätzung der Situation können Sie in unserem Länderbericht: [Politischer Drahtseilakt in Frankreich](#) lesen.

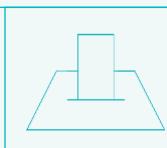
Frankreichs neuer Premierminister Sébastien Lecornu hat seine erste große Bewährungsprobe überstanden: Zwei Misstrauensanträge – eingebbracht von der linkspopulistischen *La France insoumise* (LFI) und dem rechtsnationalen Rassemblement National (RN) – scheiterten am Donnerstag knapp in der Nationalversammlung. Der LFI-Antrag verfehlte die absolute Mehrheit mit 271 Stimmen um nur 18 – maßgeblich aufgrund der Enthaltung der Sozialisten, die den Sturz der Regierung verhinderten. Damit bleibt die Regierung vorerst handlungsfähig, und das Parlament kann nach wochenlanger Blockade am 24. Oktober endlich mit den Haushaltsberatungen beginnen. Lecornu hatte im Vorfeld die Aussetzung der umstrittenen Rentenreform bis zu den Präsidentschaftswahlen 2027 angekündigt, was ihm die Unterstützung eines großen Teils der Sozialisten brachte. Allerdings muss es bis zu einer tatsächlichen Aussetzung noch ein parlamentarisches Verfahren geben. Sie tritt nicht automatisch in Kraft. Die Lage bleibt weiterhin angespannt: die Sozialisten betonen, dass die Ablehnung der Misstrauensanträge keineswegs als Unterstützung für die Regierung zu werten sei. Lecornu selbst reagierte kämpferisch und warf der Opposition vor, ohne den Haushaltsentwurf überhaupt abzuwarten, auf Konfrontation zu setzen. Zugleich warnte er davor, den Haushalt „als Geisel zu nehmen“. *La France insoumise* reagierte mit scharfer Kritik und kündigte eine neue Initiative zur Amtsenthebung von Präsident Macron an. Auch wenn Lecornu mit den überstandenen Misstrauensvoten eine erste Hürde genommen hat, bleibt seine Mehrheit im Parlament brüchig. Die anstehenden Haushaltsverhandlungen versprechen ein erbittertes Kräftemessen.

Der französische Staatsrat (*Conseil d'État*) hat am 15. Oktober 2025 den Einspruch von Marine Le Pen gegen die sofortige Anwendung ihres Kandidaturverbots zurückgewiesen. Die Vorsitzende der Fraktion des Rassemblement National (RN) war im Zusammenhang mit der Affäre um die parlamentarischen Assistenten der EU-Abgeordneten zu vier Jahren Haft, davon zwei Jahre mit elektronischer Fußfessel, einer Geldstrafe von 100.000 Euro sowie zu einer sofortigen fünfjährigen Aberkennung der Wahlbarkeit verurteilt worden. Dieses Urteil, das auf eine Veruntreuung von rund 4 Millionen Euro EU-Geldern zwischen 2004 und 2016 zurückgeht, verhindert derzeit ihre Kandidatur bei künftigen Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen, insbesondere bei der Präsidentschaftswahl 2027. Le Pen hatte versucht, ihre Streichung aus den Wählerlisten im April anzufechten und eine verfassungsrechtliche Prüfung durch das Verfassungsgericht zu erreichen. Der Staatsrat lehnte dies ab, da ihre Beschwerde auf eine Änderung des Gesetzes abzielte – etwas, was nicht in der Zuständigkeit des Premierministers liegt. Das Berufungsverfahren soll vom 13. Januar bis 12. Februar 2026 stattfinden, und ein Urteil wird vor dem Sommer 2026 erwartet. Eine Aufhebung des Urteils könnte Le Pen eine Kandidatur ermöglichen. Sollte ihre Verurteilung jedoch bestätigt werden und sie dennoch kandidieren wollen, müsste der Verfassungsgericht die Gültigkeit ihrer Kandidatur prüfen.

Kurz vor seinem Rücktritt hat Frankreichs zurückgetretene Innenminister Bruno Retailleau am 10. Oktober 2025 per Verordnung die Details eines neuen „Staatsbürgertests“ für Ausländer festgelegt, die ab 1. Januar 2026 gelten. Wer die französische Staatsbürgerschaft, eine Daueraufenthaltsgenehmigung oder eine mehrjährige Aufenthalts-erlaubnis beantragt, muss künftig einen 45-minütigen Multiple-Choice-Test mit 40 Fragen bestehen und dabei mindestens 80 % richtig beantworten. Der Test prüft Wissen in fünf Bereichen: Republikanische Werte, Rechte und Pflichten, Geschichte, Geografie und Kultur, politisch-institutionelles System sowie Alltag in Frankreich. Dazu zählen Themen wie die Bedeutung des Gleichheitsgrundsatzes, die Laizität, die Gewaltenteilung, wichtige Etappen der europäischen Integration, Präfekturen, Flüsse oder auch die französische Gastronomie. Zusätzlich wird ab 2026 das erforderliche Französischniveau von B1 auf B2 angehoben – ein deutlich höheres Sprachniveau, das für viele Bewerber eine erhebliche Hürde darstellen dürfte. Die Maßnahme ist Teil der umstrittenen Immigrationsreform, die 2023 mit Stimmen des *Rassemblement National* verabschiedet und 2024 in Kraft getreten ist. Juristen sehen kaum Chancen, das Dekret anzufechten, da es auf einer bereits bestehenden gesetzlichen Grundlage beruht.

Die drei französischen Telekommunikationsunternehmen Bouygues Telecom, Iliad (Mutterkonzern von Free) und Orange haben ein gemeinsames, unverbindliches Übernahmeverbot für den Großteil der Vermögenswerte des Mobilfunkanbieters SFR eingereicht. Es handelt sich um das erste offizielle Kaufangebot seit der umfassenden Schuldenrestrukturierung des Mutterkonzerns Altice France, dessen Verbindlichkeiten Anfang Oktober von über 24 Mrd. € auf 15,5 Mrd. € reduziert wurden. Die Vermögenswerte von SFR werden mit 17 Mrd. € bewertet und sollen zwischen den drei BieterInnen aufgeteilt werden: 43 % an Bouygues Telecom, 30 % an Iliad und 27 % an Orange. Sollte die Übernahme gelingen, würde der französische Telekommarkt erstmals seit dem Markteintritt von Free im Jahr 2012 wieder auf drei große Anbieter schrumpfen. Laut den Unternehmen ist das Angebot der „erste Schritt eines langen Prozesses“. Ziel sei es, die Investitionen in Hochgeschwindigkeitsnetze, Cybersicherheit und neue Technologien zu stärken und gleichzeitig die Dienstleistungskontinuität für SFR-Kunden zu gewährleisten.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der ehemalige Abgeordnete Guillaume Larrivé (LR), ist nach nur einem Monat im Amt als Vorsitzender des Verwaltungsrats des französischen Einwanderungs- und Integrationsamtes (OFII) zurückgetreten. Larrivé, der am 5. September von Präsident Emmanuel Macron ernannt worden war, begründete seinen Rücktritt in einem Schreiben an den Élysée-Palast mit der Aufgabe „jeglicher Ambition zur Reduzierung der Zuwanderung“ durch die Regierung. Larrivé kritisierte scharf, dass die Regierung keine rechtlichen oder diplomatischen Veränderungen plane, um die Migration einzudämmen. Außerdem fehle es an ernsthaften Maßnahmen, etwa zur drastischen Verringerung der Visa-Erteilung oder zur deutlichen Erhöhung von Abschiebungen. Der Politiker, der in der Nationalversammlung als Experte für Sicherheits- und Migrationsfragen galt, warnte, dass sich ohne entschlossene Reformen ein „migrationspolitisches Chaos“ weiter verschärfen werde. Seine Entscheidung fiel nach der Regierungserklärung des neuen Premierministers und der Vorlage des Haushaltsentwurfs, die seiner Ansicht nach eine restriktivere Migrationspolitik ausschließen.

DIE ZAHL DER WOCHE

90 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	–	2
7	4	9	1
9	8	2	6

Ein Jahr nach dem Tod des 27-jährigen Radfahrers Paul Varry, der am 15. Oktober 2024 in Paris nach einem Streit vorsätzlich von einem SUV-Fahrer überfahren wurde, zeigt eine neue Studie das Ausmaß der Gewalt gegen Radfahrer in der Hauptstadt: 90 % der Pariser Radfahrer berichten, bereits Opfer von aggressivem Verhalten durch Autofahrer geworden zu sein – deutlich mehr als der nationale Durchschnitt von 77 %. Über 10 % gaben sogar an, physisch angegriffen worden zu sein. Die von der Fédération française des usagères et usagers de la bicyclette (FUB) durchgeführte Befragung mit über 334.000 Teilnehmenden verdeutlicht, wie verbreitet Beleidigungen, gefährliche Überholmanöver, das Schnieden von Radfahrern oder körperliche Angriffe sind.